

Baruther Anzeiger

Beitrag mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erstausgabe Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachamt: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsbetrags.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. **Druck und Verlag:** Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 10 Sonnabend, den 23. Januar 1926

Vor der Regierungserklärung.

Das neue Reichskabinett tritt am diesem Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vor dem Reichstage wird

am Dienstag die Regierungserklärung

erfolgen. Der Grund für die Ansetzung der ersten Sitzung auf diesen Donnerstag liegt darin, daß der sächsische Finanzminister Dr. Kuhnholz nach am selben Tage im sächsischen Landtage den Etat vorzutragen will, und daß er auch noch einige Tage für die Uebergabe seiner Amtsgeschäfte bedarf.

Welche Stellung die Sozialdemokratie zu diesem Kabinett einnehmen wird, ist bisher noch nicht erkennbar. Aber es wird in parlamentarischen Kreisen bereits jetzt betont, daß die Bezeichnung des Wirtschaftsministeriums mit dem sozialparteilichen Vertreter Dr. Curtius für die Sozialdemokraten eine schwere Belastung bedeutet.

Die Deutschnationalen haben in ihrer Fraktionsführung am Mittwoch über die Haltung ihrer Partei gesprochen, ohne daß seine endgültige Beschlußfassung erfolgt ist. Vermutlich werden die Deutschnationalen die Regierungserklärung abwarten.

Das Programm des Reichstags.

Berlin. In der Sitzung des Reichstages des Reichstags wurde vereinbart, daß die Entgegennahme der Programmserklärung der neuen Reichsregierung auf die Tagesordnung der Plenarsitzung vom Dienstag nächster Woche gesetzt werden soll. In den Tagen bis dahin soll die dritte Lesung des Reichshaushaltsplans für 1925 erledigt werden, und zwar in Anbetracht des vorgelassenen Etatjahres in abgekürzter Form mit der Maßgabe, daß eine Diskussion nur über die Positionen der Ministerpräsidenten stattfinden und dabei jeder Partei eine Redezeit von 15 Minuten freisteht.

Eine Unterredung Hoersch-Brand.

Ein deutlicher Schritt in Paris. — Ablehnen der Bescheid Brand's.

Paris. Von amtlicher deutscher Seite wird folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Nachdem der deutsche Botschafter von Hoersch schon vor einigen Tagen wegen der Verschärfung des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der Stärke der französischen Besatzungstruppen im Rheinland bei dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Herrn Berthelot, vorstellig geworden war, hat er in der gleichen Angelegenheit eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Brand gehabt.

Bei der Unterredung des deutschen Botschafters von Hoersch mit Brand hat der französische Ministerpräsident den deutschen Botschafter darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Räumung des Kölner Gebietes im Verlaufe der Umgruppierung der alliierten Streitkräfte die Besatzungstruppen um 20 000 Mann verringert worden sind. Es scheint Frankreich nicht möglich, weitere Zugeständnisse zu machen, da es die Verbindung der Besatzungskontingente mit der übrigen Armee nicht gefährden will. Im übrigen ist die ganze Frage eine interalliierte Angelegenheit und gehört vor das Forum der Botschafterkonferenz.

Deutschland der Sklave ausländischer Bankiers.

Amerikanische Forderungen.

New York. Die großen Anleihen des Deutschen Reiches, der Kommunen und einzelner Industrieunternehmen lassen nur eine Erklärung zu für die Annahme, die heute aus der amerikanischen Finanzwelt herüberfließt. Ein Beispiel von vielen gibt eine Rede des Vizepräsidenten der amerikanischen Bankengemeinschaft, Frederick Kent, vor der New-Yorker britischen Handelskammer.

Kents Rede befaßt sich in erster Linie mit inneren deutschen Angelegenheiten und berührt Dinge, die kein anderes Land, geschweige gar einen amerikanischen Bankier, etwas angehen können.

Den Höhepunkt der Anmaßung bildeten die Erklärungen Kents, daß die Reichseinnahme in Deutschland im vergangenen Jahre die Reparationszahlungen weit überstiegen habe und daß der Ueberfluß für Parkanlagen, Badenanstalten, Sportplätze und ähnliche hygienische und soziale Einrichtungen ausgegeben sei. Kent bezeichnet solche Ausgaben als „extragant“ und als eine Gefahr und tritt dafür ein, daß sie eingeschränkt werden.

Zwischen Rußland und China ist ein Konflikt entstanden, weil chinesische Soldaten den Russen die Benutzung der Ostbahn, die unter russischer Schutz steht, verweigern. Rußland droht Truppen nach China zu schicken, falls der Verkehr auf der Ostbahn nicht sofort freigegeben wird.

Gegen die Eingriffe in das Privateigentum.

Rundgebung des Haus- und Grundbesitzes.

Berlin. In Berlin fand eine Protestkundgebung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine gegen die Bodenreformbewegung statt.

Nach einleitenden Vorträgen verschiedener Redner wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die versammelten zahlreichen Vertreter des Grund- und Hausbesitzes aus allen Teilen Deutschlands erheben schärfsten Einspruch gegen die sich vermehrenden Versuche, die bodenreformische Lehre durch die Gesetzgebung zu verwirklichen. Unentbehrlich für die deutsche Wirtschaft ist das Privateigentum an Produktionsmitteln. Ohne privates Bodeneigentum kann es nicht aufrechterhalten werden. Das private Bodeneigentum ist aber mit dem Ziel der Bodenreform, der „Zurückgewinnung“ der Grundrente für die Gesamtheit, unvereinbar. Vernichtung des privaten Bodeneigentums ist die unausbleibliche Wirkung. Auf's neue erweist sich die eigentumsfeindliche Richtung der Bodenreformer in dem Bodenreformgesetzentwurf und dem preussischen Städtebaugesetzentwurf. Beide Entwürfe sehen weitgehende und rücksichtslose Eingriffe in den Bestand des privaten Bodeneigentums

vor, ohne den Beteiligten Gelegenheit zur Abwehr solcher Nachteile zu geben. Der Bodenreformgesetzentwurf verlagert den Eigentümern sogar den Rechtszweck. Das Einbringen solcher Gedanken in die Gesetzgebung gefährdet unmittelbar den Fortbestand des privaten Bodeneigentums in Stadt und Land auf das äußerste. Drohendes Urteil muß daraus über die deutsche Wirtschaft erwartet werden. Abwenden läßt es sich nur, wenn sich die Volksvertreter mit voller Entschiedenheit allen Vorschlägen entgegenstellen, die wohnungs-, siedlungs-, städtebauliche und sonstige allgemeine Ziele als Deckmantel für eigentumsfeindliche Bestrebungen mißbrauchen.“

Keine Steuerfreiheit für Fürstendhäuser.

Berlin. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde vom Finanzministerium mitgeteilt, daß seit Mitte 1915 alle früheren steuerprivilegierten Fürstendhäuser keine Steuerfreiheit mehr beantragt oder erhalten hätten; sie seien also wie alle übrigen steuerpflichtigen behandelt worden. Darauf gab ein Vertreter des preussischen Innenministeriums die Erklärung ab, daß die Behauptung, die Verkäufe der Vermögensstoffe des früheren Herzogs von Braunschweig seien mit ausdrücklicher Genehmigung des Oberpräsidenten Hoeske in Hannover und des preussischen Innenministers Severing erfolgt, unzutreffend sei.

Vor weiterer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Kommunisten beantragen Erhöhung um 50 Prozent. — Besprechungen beim Reichstanzler.

Berlin. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einem kommunistischen Antrag, die Erwerbslosenunterstützung erneut um 50 Prozent zu erhöhen. Die Sozialdemokraten unterstützen den kommunistischen Antrag.

Der Vorsitzende des Ausschusses, der Zentrumsabgeordnete Effer, stellte fest, daß die letzte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung selbst bei vollem Eingang der Lohn- und Gehaltsabzüge von drei Prozent noch einen Zufluß von 50 Millionen aus öffentlichen Mitteln erfordere. Bei einer weiteren Erhöhung müßten erhebliche öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Es wurde gesagt, die landwirtschaftlichen Arbeiter ließen sich jetzt vielfach im Reich absichtlich Erwerbslosenunterstützung gasten, da diese höher sei als die Varentschädigung der landwirtschaftlichen Arbeiter, allerdings ohne Berücksichtigung des Deputats. Diese Entwicklung müsse bedenklich stimmen.

Von Regierungseite wurde erklärt, daß bei dem Reichstanzler eine Besprechung über die Erwerbslosenfrage stattfinden. Der Ausschuß einigte sich darauf dahin, der Vorsitzende solle beim Reichsarbeitsminister anfragen, ob der Arbeitsminister Unterlagen und Erklärungen abgeben könne, am dem Ausschuß eine Beschlußfassung zu ermöglichen. Einmütig war die Auffassung des Ausschusses, den Erwerbslosen müsse geholfen werden.

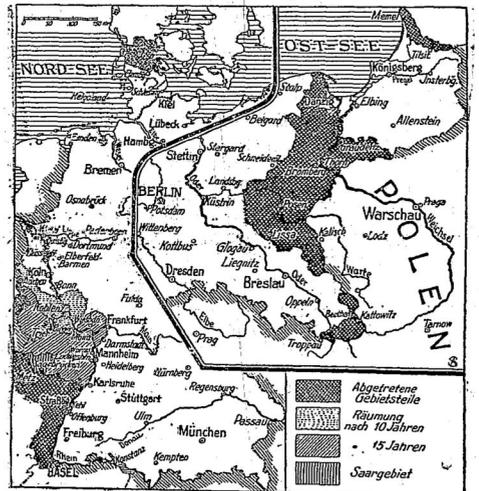
Die bisher in Irland gültigen englischen Münzen sollen jetzt durch irisches Hartgeld, das in Silber, Nickel und Bronze ausgetauscht ist, ersetzt werden.

Der Vertrag von Locarno wurde vom belgischen Parlament mit 124 gegen 4 Stimmen angenommen.

Langsame Räumung des Rheinlandes.

Bonn. Die Räumung Bonns durch die Franzosen steht unmittelbar bevor. In Bonn wird der Rückgabe großer beschlagnahmter Gebäude noch in dieser Woche gerechnet. Die Kasernen sind bis auf die Abwühlungsstellen geräumt. Bielefeld, wo 83 französische Familien und 80 Mann Sanktruppen untergebracht waren, ist von der Besatzung vollständig frei.

Siedesberg, wo von den in voriger Woche abgezogenen französischen Truppen ein Aufreißungskommando zurückgelassen wurde, ist ebenfalls vollständig geräumt. In Siegburg wurde die französische Flagge heruntergeholt. Die Truppen des 110. französischen Infanterieregiments verlassen bereits die Stadt, sie werden unmittelbar nach Frankreich beordert. Nach ihrem Abzug wird ein Kommando von einem Offizier und 40 Jägern einquartiert. In Erbsdorf ist nur noch eine französische Familie zurückgelassen, die aber ebenfalls bald nach Frankreich zurückkehrt.



Deutschland nach Versailles!

Der erste Zusammentritt des Reichskabinetts.

Berlin. Das neue Reichskabinett trat am Donnerstagmorgen zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen, an der sämtliche Kabinettsmitglieder teilnahmen. Zur Beratung stand in erster Linie die Formulierung der Regierungserklärung, die der Reichstanzler Dr. Luther am kommenden Dienstag im Reichstage abgeben wird.

Der Reichspräsident empfing den Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Botschafter z. B. Frhr. Langwerth v. Simmern, ferner den zweiten Präsidenten des österrösterreichischen Nationalrats, Dr. Dinghofer, sowie später den neuernannten Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Wer wird Presseschef?

Mit der Bildung des neuen Kabinetts ist auch die Frage der Besetzung der Stelle des Pressescheffs schon öffentlich erörtert worden. Der bisherige Presseschef, Dr. Kiep, kehrt am Montag von einem längeren Urlaub nach Berlin zurück. Er wird zunächst die Geschäfte der Presseabteilung wieder übernehmen. Es ist in Aussicht genommen, daß er später den Posten eines deutschen Gesandten in Budapest erhält. Ueber den Zeitpunkt eines Wechselns in der Presseabteilung der Reichsregierung und über einen Nachfolger haben noch keine Erörterungen stattgefunden.

Generalmajor Haffe Befehlshaber des Wehrkreises III.

Berlin. Das Reichswaffenministerium teilt mit: Mit dem 31. Januar scheidet der Generalleutnant v. Horn, Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber des Wehrkreises III, aus dem Heeresdienst aus. An seine Stelle tritt der Chef des Truppenamts, Generalmajor Haffe, der durch den bisherigen Inspekteur der Nachrichtentruppen, Generalmajor Wejell, ersetzt wird.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

Berlin. In den letzten Tagen haben Ressortbesprechungen der beteiligten Reichsministerien über die Wälferrundnote in der Angelegenheit der Abrüstungskonferenz stattgefunden, bei